



Wohin sich Tirol im Umgang mit Volkskultur und Brauchtum entwickelt, liege auch in den Händen der Kulturpolitik, sagt Michael Wedekind. „Wenn denn der Wille besteht.“

Foto: picturedesk.com/Mühlanger

Tiroler „Operetten-Monarchie“

Seit Anfang Oktober liegt Michael Wedekinds Gutachten zu Tiroler Volkskultur und NS-Zeit vor. Der Historiker über den Mangel an Konsequenzen, Handgranatenwerfer und fragwürdige politische Inszenierungen.

Die Politik schmückt sich gerne mit den Auftritten volkskultureller Verbände, politische Akteure nehmen führende Funktionen in diesen Verbänden ein, und gleichzeitig entscheidet die Politik auch über die Förderung dieser Verbände mit öffentlichen Geldern. Diese enge Verflechtung kritisieren Sie in Ihrem Gutachten mehrfach und empfehlen u. a. eine historische Analyse der Kulturpolitik. Halten Sie es für wahrscheinlich, dass es eine solche geben wird?

Michael Wedekind: Ich halte es für relativ unwahrscheinlich, dass so etwas aus Finanztopfen des Landes finanziert wird, sondern für sehr viel wahrscheinlicher, dass sich Wissenschaft unabhängig davon mit diesen Fragen beschäftigen wird. Die Innsbrucker Kollegen sind ja sehr sensibilisiert für diese Thematik. Im Übrigen: Es steht ja nicht die „Volkskultur als solche“ zur Diskussion! Sondern es dreht sich um die Markierung und Aufarbeitung von politischem, zumeist antidemokratischen Aufladungen und historischen Instrumentalisierungen von Volkskultur. Es dreht sich um ein martialisches, militaristisches, in Geschlechterbildern überwiegend maskulin bestimmtes Gepräge. Und um die hiermit verbundenen dumpfen Untertöne einer regionalnationalistischen Erregtheit vor dem Hintergrund des ebenfalls nicht hinreichend aufgearbeiteten Südtirol-Themas. All das wird ja in einer geradezu ermüdenden Rhetorik von angeblicher Modernität und Offenheit in der organisierten Volkskultur fortgesetzt. Durch wechselseitige Selbstversicherungen zwischen Politik und Verbänden, durch Auszeichnungen und ein System von gegenseitigen Anerkennungen. Politikwissenschaftler würden wohl von Tauschvorgängen sprechen und damit im weitesten Sinne einen Klientelismus meinen.

Das betrifft nicht nur Volkskulturverbände: In Ausgabe Nr. 3/2012 der Zeitung des Tiroler Kameradschaftsbundes kündigt dessen Präsident die Marketenderinnen-Olympiade inklusive Kleinkaliberschießen und

Handgranatenwerfen an, während auf der nächsten Seite Landeshauptmann Günther Platter als Ehrenmitglied für die Wahrung von Werten, Traditionen und Heimmattreue lobt.

Wedekind: Wenn dort wochenends oder bei „höheren Feiern“ zum Handgranatenwerfen angetreten wird, dann sehe ich darin keinen Verein, der sich für Tiroler Volksbrauchtum einsetzt. Oder Solidarität, die ja hier überwiegend nur die eigene Gruppe meint. In den Anerkennungen durch Vertreter des Landes

„Der landesübliche Empfang vermittelt den Eindruck einer Operetten-Monarchie.“

Michael Wedekind
(Historiker)

werden politische Milieus, politische Vorstellungen bedient; ich wäre in der Unterstützung dieser Vereine als angebliche Träger von Brauchtum und Tradition doch sehr vorsichtig. Der Tiroler Kameradschaftsbund hat jüngst energisch gegen ein Denkmal für österreichische Wehrmartialisches, militaristisches, in Geschlechterbildern überwiegend maskulin bestimmtes Gepräge. Und um die hiermit verbundenen dumpfen Untertöne einer regionalnationalistischen Erregtheit vor dem Hintergrund des ebenfalls nicht hinreichend aufgearbeiteten Südtirol-Themas. All das wird ja in einer geradezu ermüdenden Rhetorik von angeblicher Modernität und Offenheit in der organisierten Volkskultur fortgesetzt. Durch wechselseitige Selbstversicherungen zwischen Politik und Verbänden, durch Auszeichnungen und ein System von gegenseitigen Anerkennungen. Politikwissenschaftler würden wohl von Tauschvorgängen sprechen und damit im weitesten Sinne einen Klientelismus meinen.

Müsste man die Verbände von politischen Funktionen befreien?

Wedekind: Nicht zwingend. Ein anderer Weg wäre ja der, dass diese zu Ehrenmitgliedern ernannten politischen Akteure ihre Funktion wahrhaftig und mit Autorität wahrnehmen, im Sinne einer Wertedebatte eingreifen und sich positionieren. Und nicht schleifen lassen oder nur dann in Erscheinung treten, wenn etwa Schützenabteilungen schmückendes Beiwerk bei öffentlichen Auftritten sind.

Der landesübliche Empfang ist ein Paradebeispiel der engen Verflechtung – müsste man mit solchen Traditionen brechen?

Wedekind: Ein exzellentes Beispiel für eine „invention of tradition“. Das Ganze vermittelt doch eher in Inszenierung und Choreographie den

Eindruck einer vordemokratischen Operetten-Monarchie. Mir schweben in diesem Moment neben dem landesväterlichen Selbstentwurf Gauleiter Hofers gewisse osteuropäische kommunistische Regimes vor Augen, die so etwas zu einer gewissen Reife gebracht haben. Dieser so genannte „landesübliche Empfang“ ist nicht nur unzeitgemäß, sondern in der Aufwertung eines sich verbandsmäßig organisierenden Teils der Gesellschaft mit ganz dezidierten politischen Vorstellungen auch höchst fragwürdig. Das ist ja in besonders eklatanter Weise in Südtirol der Fall: die Schützen, die sich anmaßen, für die Gesamtgesellschaft zu sprechen und ihre Wünsche jenseits parlamentarischer Gremien an die Landesregierung herantragen. Das hat dort nochmals eine andere Qualität.

Der Obmann des Tiroler Trachtenverbandes, Oswald Gredler, reagierte empfindlich auf die Inhalte Ihres Gutachtens, durch das er den Verband „ins rechte Eck gestellt“ sieht.

Wedekind: Ich glaube nicht, dass es solche Gutachten sind, die diese Verbände in die rechte Ecke stellen, sondern etliche Vereine positionieren sich dort durch ihr Tun selbst.

Zudem: Die Volkskultur erlebte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine starke Befruchtung von nationalistischen, kulturpessimistischen, antimodernistischen Vorstellungen. Hinzu kommen Uminterpretationen und Umdefinierungen, auch – aber nicht nur – durch den Nationalsozialismus. Dieser Ballast wird nach wie vor vielfach ungebrochen mitgeschleppt. In einem geschlossenen, nie ernsthaft hinterfragten System, zu dem auch politische Traditionen und Instrumentalisierungen gehören. Die Traditionsverbände koppeln ihre Konzepte von Werten und Normen an beliebig auffüllbare Vorstellungen von Tradition und vermeintlich „Gewachsenem“. Diese Konzepte werden als unverrückbar dargestellt und aus der Kritik herausgehoben. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit liegt zudem in personellen Kontinuitäten in der organisierten Volkskultur und der Politik begründet. Dafür sind aber auch Wissenschaftskreise verantwortlich, die sehr schnell nach dem Zweiten Weltkrieg an die Rehabilitierung von Kollegen, etwa von Gertrud Pesendorfer (Leiterin der „Mittelstelle Deutsche Tracht“ der Nationalsozialisten; Anm.), herangegangen

sind. Wenn Herr Gredler sagt, man habe sich von diesen Vorbildern losgesagt, ist dem ja nun mitnichten so: Es gibt eine Art Volkskultur-Matura, bei der Jugendliche etwa bestimmte Trachten erkennen müssen: Das wird nach wie vor nach einem Buch von Pesendorfer vorgenommen. Da reicht auch nicht ein Pressefoto mit Alibi-Repräsentanten der zweiten Migrantengeneration, um solche weltanschaulichen Verhaftungen aufzulösen. Und vergessen wir im Übrigen nicht: Brauchtum hat einen touristischen Marktwert. Das wissen auch die Hoteliers in Hintertux.

Ihr Gutachten wurde zum Teil als schwer bzw. sogar unlesbar bezeichnet.

Wedekind: Es ist kein Fortsetzungsroman, den würde man anders schreiben. Ich bin um

„Etliche Vereine positionieren sich selbst im rechten Eck. Der Ballast wird nach wie vor mitgeschleppt.“

Michael Wedekind

ein wissenschaftliches Gutachten gebeten worden. Dazu gehört auch ein wissenschaftliches Vokabular. Aber an offenen Worten hat es meines Erachtens nicht gefehlt. Und ich meine, dass sie schon verständlich waren, mindestens dem Auftraggeber. Die Reaktion zeigt mir, dass es verstanden wurde.

Sie haben ein Langzeitforschungsprojekt angeregt, das Land hat einen mit vorerst 100.000 Euro dotierten Förderschwerpunkt angehängt. Halten Sie das als Maßnahme für ausreichend?

Wedekind: Bei der Umfänglichkeit der anstehenden Themen und der langen zeitlichen Perspektive, die es zu erarbeiten gilt – von der Spätphase der Habsburger Monarchie bis in die 70er, 80er Jahre hinein –, sind 100.000 Euro natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Dass ein Schwerpunkt „Erinnerungskultur“ eingerichtet werden soll, ist aus meiner Sicht zudem eine Maßnahme, die eigentlich schon im Vorfeld völlig unabhängig vom Gutachten erwogen worden ist.

Denn der Fokus auf die Erinnerungskultur ist schon in der Koalitionsvereinbarung fixiert – nebenbei sehr unglücklich formuliert, denn es sollte sich ja nicht um „Erinnerungskultur“ drehen, sondern um eine kritische Beleuchtung der bestehenden Erinnerungskultur.

Das heißt: Aus Ihrer Sicht gibt es auf das Gutachten selbst eigentlich gar keine konkrete Reaktion bzw. Maßnahme?

Wedekind: Ich sehe sie nicht. Denn auch im Regierungsantrag zur Umbenennung der Tanzer-Musikschule gab es bereits den Verweis auf Erinnerungskultur. Und das liegt alles zeitlich vor der Veröffentlichung des Gutachtens. Also ich kann darin keine unmittelbare Reaktion auf die Vorlage dieses Gutachtens sehen. Insofern kenne ich keine öffentliche, aber auch keine mir privat zugeleitete Stellungnahme zum Gutachten. Auch nicht die Eröffnung von Perspektiven, wie konkret dieser Forschungsschwerpunkt aussehen soll.

Was den Eindruck verstärkt, dass eine öffentliche Diskussion nicht gewünscht ist – weil man das Ansehen bestimmter Personen nicht beschädigt sehen will?

Wedekind: Es geht nicht um das „Anschwärzen“, um es salopp zu formulieren. Sondern es dreht sich ja letztlich darum, Geisteshaltungen einer Gesellschaft aufzuzeigen. Wie ist der Umgang mit dem Nationalsozialismus insgesamt gewesen? Und es dreht sich um die Ausgestaltung der heutigen Gesellschaft. Welche Werte wollen wir in der Gesellschaft haben? Dazu kann zeithistorische Forschung einen Beitrag leisten. Da geht es nicht darum, einzelne Personen an den Pranger zu stellen. Einzelne dienen sicherlich zur Exemplifizierung, aber ein ebenso ungünstiges Licht wird doch auf diejenigen geworfen, die die belasteten Personen im demokratischen Nachkriegsösterreich haben gewähren lassen. Ich glaube, das ist ein mindestens ebenso ungünstiges Licht, das fällt.

Das Gespräch führte
Ivona Jelcic



Sieht „keine unmittelbare Reaktion“ des Landes auf die Vorlage seines Gutachtens: Historiker Michael Wedekind.

Foto: Wedekind